

## Rumänien.

## Das Treiben der Verbandsgesandten in Jassy.

☉ Bukarest, 27. Okt. (Telegr.) Die Gesandten der Westmächte in Jassy setzen unter den gegenwärtigen Umständen alle Hebel in Bewegung, um Rumänien wiederum als Sturmbock gegen Österreich-Ungarn zu benutzen. Während sie in der öffentlichen Meinung des Landes die Hoffnung auf den Zerfall dieser Großmacht und damit auf die Erwerbung Siebenbürgens und der Bukowina neu beleben, sind sie anderseits nicht im Stande, in der wichtigen Dobrudschafrage bindende Erklärungen abzugeben. Auf dringendes Ersuchen der Bratianu-Partei, die Rumänien in einen neuen Krieg mit Österreich-Ungarn hineinziehen möchte, wurde die französische Regierung veranlaßt, sich öffentlich hierüber zu äußern. Das Telegramm des Ministers des Auswärtigen Richon an den französischen Gesandten in Jassy beschränkte sich aber auf eine allgemein gehaltene Erklärung, welche die Ansprüche Rumäniens zwar anerkennt, es aber vermeidet, die Rückgabe der Dobrudscha an das Königreich in vollem Umfang zuzusagen, mit Rücksicht auf Bulgarien, da „die Entscheidung über alle territorialen Fragen dem künftigen Friedenskongress vorbehalten sei“. Diese gewundene Erklärung in einer so bedeutenden Frage, von der die ganze Stellung Rumäniens am Schwarzen Meer abhängt, hat sogar in den dem Vierverband ergebenen Kreisen in Jassy einen schlechten Eindruck gemacht; denn man hat jetzt allen Grund zu der Annahme, daß die Westmächte in der Dobrudschafrage an Bulgarien gewisse Zusagen auf Kosten Rumäniens gemacht haben. Obgleich die Westmächte, als sie im Jahre 1916 das Bündnis Rumäniens mit Rußland ihrerseits verbürgten, außer den weitgehenden Eroberungen auf Kosten Österreich-Ungarns den territorialen Bestand des Königreichs gewährleisteteten, sind sie heute nicht imstande, mindestens die Rückgabe der ganzen Dobrudscha an Rumänien unbedingt zuzusagen. Während Rumänien durch die Aussicht auf Aufteilung Ungarns neuerdings gefördert werden soll, wird gleichzeitig von den Westmächten demselben Ungarn die Unversehrtheit seines heutigen Besitzstandes versprochen, falls es sofort von Deutschland abfällt und sich dessen Feinden anschließt. Anderseits soll Bulgarien, das auf alle seine nationalen Ansprüche in Serbien und Mazedonien verzichten mußte, zum Teil auch auf Kosten Rumäniens entschädigt werden. Um diese Gegenätze und Widersprüche möglichst lange zu vertuschen, versuchen die Gesandtschaften der Westmächte in Jassy, sich mit allgemeinen und zweideutigen Erklärungen abzufinden.